

36. Armutsbetroffene als Akteure – Partizipation und Selbstorganisation von Menschen mit Armutserfahrungen

Michaela Moser/Martin Schenk

Wenn Armutsbetroffene zu Akteuren werden, eröffnet sich ein weites Feld an Formen des „Agierens“. Einige unterschiedliche Varianten sollen in diesem Artikel zur Sprache kommen. „Partizipation“ beschreibt hier die aktive Teilnahme und Mitgestaltung von Lebensbereichen bzw. Initiierung und das Mittragen von Aktivitäten, die Menschen mit Armutserfahrungen normalerweise schwer zugänglich sind bzw. von denen sie ausgeschlossen bleiben. „Teilhabe“ meint Inklusion in Teilsysteme der Gesellschaft wie Bildung, Gesundheit oder öffentliche Institutionen. „Selbstorganisation“ bedeutet dem gemeinsamen Handeln auch eigenständige – und selbst verwaltete – Strukturen zu geben, um vom Mainstream marginalisierte Interessen vorwärts zu bringen oder ein Netzwerk gegenseitiger Unterstützung und Hilfe zu etablieren. Unterschiedliche Formen von – vom US-amerikanischen „Community Organizing“ und lateinamerikanischen Bürgerrechtsbewegungen inspirierten – „BürgerInnenorganisationen“ wiederum greifen gezielt in Machtverhältnisse ein und versuchen auf einer breiteren thematischen wie taktischen Ebene Gegendruck aufzubauen. Dabei bilden sie auch Allianzen zwischen auf unterschiedliche Weise Betroffenen und UnterstützerInnen.¹

36.1. Sichtbar werden

„Wir sind keine Bittsteller, wir wollen Respekt!“, so die TeilnehmerInnen des ersten österreichweiten Treffens von Menschen mit Armutserfahrungen, das unter dem Titel „Sichtbar werden“ 2006 in Wien stattfand. Erwerbsarbeitslose, MitarbeiterInnen von Straßenzeitungen, psychisch Erkrankte, Menschen mit Behinderungen, Alleinerzieherinnen und MigrantInnen waren drei Tage zusammen gekommen, um gemeinsam über Strategien gegen Armut zu beraten und sowohl ihre Anliegen als auch eigene Lösungsansätze aufzuzeigen und zu diskutieren. „Sichtbar werden sollen unsere Alltagserfahrungen. Sichtbar werden sollen unser Können und unsere Stärken. Sichtbar werden sollen unsere Forderungen und Wünsche zur Verbesserung der Lebenssituation“ (*Die Armutskonferenz 2006/07*). In der

Auseinandersetzung mit Erfahrungen, die den Alltag jener Menschen prägen, die in Armut leben, werden Mängel und Lücken existierender Systeme deutlich. So ging es beim Treffen 2006 etwa um die fehlende Existenzsicherung durch die Sozialhilfe und notwendige Verbesserungen in Zugang und Leistungen. Aber genauso auch um die Unzulänglichkeiten einer Arbeitsmarktpolitik, die dazu führt, dass viele Betroffene „zu gesund für die Pension“ aber „zu krank für den Arbeitsmarkt“ sind. Ihr Wunsch sich – den jeweiligen Möglichkeiten entsprechend – am Erwerbsarbeitsmarkt zu beteiligen, scheitert an einer „alles-oder-nichts“-Politik, der es an der sonst so viel zitierten Flexibilität mangelt. Thematisiert wurde auch die mangelnde Anerkennung der Qualifikationen von MigrantInnen, die – wenn ihnen der Zugang zum Arbeitsmarkt nicht ohnehin ganz verweigert wird – oft in Jobs arbeiten, für die sie überqualifiziert sind. Vieles, das Alltag und Perspektiven von Menschen mit Armutserfahrungen einschränkt und einer breiten Öffentlichkeit von „Nicht-Betroffenen“, darunter auch politische VerantwortungsträgerInnen und ExpertInnen, meist weder vorstellbar noch im Detail bekannt ist, wird deutlich, wenn Betroffene selbst das Wort ergreifen.

Mit „100 Figuren gegen Armut“ machten Armutsbetroffene aus ganz Österreich in einer Aktion beim zweiten österreichweiten Treffen des Projekts „Sichtbar werden“ im Frühjahr 2007 am Linzer Hauptplatz deshalb selbst öffentlich auf ihre Situation aufmerksam. Auf hundert Pappfiguren waren persönliche Lebensgeschichten, Wünsche, Forderungen und aktuelle Daten über steigende Sozialhilfe, Arbeitslosigkeit, prekäre Jobs, Kinderarmut oder die Situation psychisch Kranker zu lesen. Ein Schritt an die Öffentlichkeit. Ein Schritt „das Schweigen zu brechen“, wie eine Teilnehmerin es formulierte. Ein erster Schritt, dem im November 2007 ein weiterer in Form einer „Anti-Armuts-Demonstration“ im Rahmen des dritten Treffens von Menschen mit Armutserfahrungen in Graz folgte. Der Fokus beim Treffen in Graz war auf inhaltliche Workshops und Debatten mit u.a. ArmutsforscherInnen zur gängigen Methode der Armutserhebung durch EU-SILC gerichtet. In einem 2009 veranstalteten World Café wurde der Dialog mit EntscheidungsträgerInnen, darunter der österreichische Bundespräsident Heinz Fischer, Sozialminister Rudolf Hundstorfer, VertreterInnen von AMS, Bundessozialamt, Gleichbehandlungsanwaltschaft, Sozialpartner, Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen, fortgesetzt. In den Jahren 2010–2012 folgten weitere österreichweit Treffen und öffentliche Aktionen in Steyr, Mariazell und im Rahmen

der Wiener Regenbogenparade. „Sichtbarwerden“ ist ein Projekt, das im Zuge der Europäischen Treffen von Menschen mit Armutserfahrungen entstand, die seit einigen Jahren vom Europäischen Armutsnetzwerk EAPN gemeinsam mit der jeweiligen Frühjahrspräsidentschaft der Europäischen Union organisiert und über 200 Menschen mit Armutserfahrungen einmal pro Jahr zu einer Konferenz in Brüssel zusammenbringen. Den vielzitierten Worten von der „Mobilisierung aller Akteure“, die als europaweites Ziel und Mittel der Armutsbekämpfung gilt, sollten Taten und ein deutliches Zeichen folgen, das die Partizipation Betroffener an wirksamen Strategien der Armutsbekämpfungspolitik unverzichtbar ist. Sichtbar gemacht und zur Rechenschaft gezogen werden sollen dabei auch politische Verantwortliche auf nationaler und EU-Ebene, die sich im direkten Gespräch mit Menschen mit Armutserfahrungen den konkreten Auswirkungen ihrer Politik zu stellen haben.

Die unsichtbar gemachten, entwerteten und vermeintlich nicht gebrauchten Fähigkeiten und Kenntnisse von Betroffenen werden dabei zumindest symbolisch und für einige Zeit ans Licht einer größeren Öffentlichkeit gebracht. Zudem bieten die Treffen Möglichkeiten der Vernetzung, des Austauschs, der Strategieentwicklung und der wechselseitigen Bestärkung als politische Subjekte und zwar sowohl über regionale und nationale Grenzen als auch über die eigene „Betroffenheits“-Gruppe als z.B. Alleinerziehende hinweg.

36.2. Die Macht der Deutung

Im Gemeindebau am Wiener Schöpfwerk versuchte eine Reihe von MieterInnen vor einiger Zeit einen Termin bei der zuständigen Sozialstadträtin zu bekommen. Die Mieten waren ordentlich hinaufgeschnalzt, weil sie mit unrechtmäßig verrechneten Müllgebühren aufgefettet wurden. Am Schöpfwerk leben viele Leute mit geringem Einkommen, das Nachbarschaftszentrum muss öfters Familien unter die Arme greifen, damit es sich für die von den Kindern am Schulanfang benötigten Zirkel, Füllfedern oder Hefte ausgeht. Termin bei der Stadträtin gab es keinen. Wochenlang zog sich die Anfrage hin. Eine Gruppe von BewohnerInnen, allesamt arbeitslos, betreibt einen kleinen Gemeindebaurundfunk, das Radio Schöpfwerk. Sie suchten als Schöpfwerk-Reporter um einen Interviewtermin zum Thema „Mieten“ mit der Frau Stadträtin an. Der Termin wurde innerhalb einer Woche vereinbart.

Wer der Perspektive, die andere bestimmen, ausgeliefert ist, ist fremd. Der Blickwinkel entscheidet. Wer bleibt unsichtbar, wer bekommt die Deutungsmacht? Medien zum Beispiel erzählen Geschichten über Armut. Was mit der Kamera gesehen wird, muss dabei eine narrative Figur bekommen, um Möglichkeiten der Anknüpfung zu bieten. Es ist nicht das Ereignis selbst, das Nachrichtenwert hat, sondern es ist die Geschichte, die sich damit erzählen lässt. Jeder Fernsehbericht ist ein kleines Dramolett; mit einem Rahmen, einer Handlung und bestimmten Rollen. Zwar ist der Text den RolleninhaberInnen freigestellt, das Auswählen der RollenträgerInnen, die Auswahl von Textausschnitten und ihr Montieren in die Handlung bleibt Aufgabe der Redaktion. Im Bild manifestiert sich deren Blick, diese eine Perspektive, die den Rahmen der Erzählung setzt. Der Rahmen wird durch eine Entscheidungen gebildet: Wer besitzt Subjektstatus? Wer Subjekt ist, darf sprechen und besitzt die Deutungsmacht. So entstehen Handlungsanleitungen.

Die Macht der Deutung liegt fast immer in den Händen „Nicht-Betroffener“ JournalistInnen, WissenschaftlerInnen, SozialexpertInnen, BeamtInnen und PolitikerInnen. Soziale Ungleichheit, und damit Armut, wird, so die Sozialwissenschaftlerin *Eva Barlösius* vor allem durch Graphiken und Gesellschaftsbilder, Statistiken, Kategorien und Klassifikationen und öffentliche Berichte, wie etwa den regelmäßigen „Sozialberichten“ in der Öffentlichkeit (re-)präsentiert und gedeutet (*Barlösius*, 2005). Armutsbetroffene, die wie die Arbeitslosengruppe vom Schöpfwerk selbst ein Radio betreiben, oder wie die TeilnehmerInnen des Sichtbar-werden-Treffens in Graz Vorschläge zur Weiterentwicklung eines statistischen Erhebungsfragebogens machen, ergreifen das Wort und beginnen, sich jene zentrale Repräsentationsformen zu eigen zu machen, von denen sie „normalerweise“ ausgeschlossen sind. Auch durch die jährliche Vergabe eines „Journalismuspreises von unten“, wird die Perspektive umgedreht: Plötzlich beobachten jene, die sonst immer beobachtet werden. Im Forschungsbereich stellt das von Erwerbsarbeitslosen initiierte und durchgeführte Projekt „Würde statt Stress“ an Arbeitslose kaum gestellte Fragen: Was hält mich gesund, was tut mir gut? Was macht mich krank, was belastet mich? Welche Lösungsvorschläge habe ich? Neben einer ausführlichen Online-Umfrage wurden sogenannte Gesundheitszirkel veranstaltet. Diese etablierte Maßnahme betrieblicher

Gesundheitsförderung wandte die Initiative auf die Situation von Menschen ohne Job an (Wüst 2011).

„Wir geben Laut, aber nicht Pfötchen“, lautete das Motto einer Kulturveranstaltung mit vielen eigenen Beiträgen von Menschen mit Armutserfahrungen, das 2012 im Rahmen von „Sichtbar werden“ in Wien stattfand. Wer das Wort ergreift, hat etwas zu erzählen. Wer jemand ist oder war, können wir nur erfahren, wenn wir die Geschichte hören, deren HeldIn er oder sie ist. Das Wort zu ergreifen, heißt nicht für-sprechen, sondern selbst sprechen. Wenn Ausgeschlossene die eigene Lebenswelt sichtbar machen, schaffen sie einen Ort, von dem aus sie sprechen können. Der Vorhang öffnet sich zu einer Bühne, auf der die eigene Geschichte eine eigene Deutung – und zugleich Bedeutung – erfährt. Das Unspektakuläre des eigenen Lebens bekommt eine Bühne und wird besonders. Die das Wort ergreifen, können zur Sprache bringen, wer sie sind – und wer sie sein können.

In der Steiermark haben 28 Menschen mit Armutserfahrungen im Frühjahr 2007 gemeinsam mit SchauspielerInnen der *Theaterwerkstatt InterACT* im Rahmen eines einwöchigen Workshops ein Forumtheaterstück zur Armut und Überschuldung erarbeitet. „Kein Kies zum Kurven kratzen“, so der Name von Stück und Projekt, wurde in den darauffolgenden Monaten und 2010 in einer überarbeiteten Version von einigen der TeilnehmerInnen in über dreißig Orten quer durch die Steiermark und in ganz Österreich aufgeführt weiter mehr als 1.000 Menschen haben sich im Zuge der Aufführungen an der Suche nach Lösungen zur Vermeidung und Bekämpfung von Armut beteiligt, die schließlich im Rahmen einer Aufführung im österreichischen Parlament mit verantwortlichen PolitikerInnen diskutiert wurden (*InterACT* 2011). In einem Folgeprojekt entwickelten Jugendliche, die SozialwissenschaftlerInnen der NEET-Gruppe (No education, employment or training) zuordnen, also keinen Arbeits- oder Ausbildungsplatz haben und auch nicht (mehr) zur Schule gehen, Szenen aus ihren Erfahrungen zum Stück „Jung, pleite, abgestempelt“. Die Szenen zeigen ihr Leben auf der Straße, in der Familie, am Arbeitsamt, in der Schule und in psychiatrischer Behandlung. Im Rahmen der interaktiven Aufführungen wurden gemeinsam mit dem Publikum Lösungsansätze – auch unkonventioneller Art – entwickelt und schließlich von den Jugendlichen selbst ein Forderungspaket zusammengestellt, das sie inzwischen auch persönlich mit PolitikerInnen und

EntscheidungsträgerInnen auf regionaler und nationaler Ebene diskutiert haben (*InterACT* 2013).

Auf diese und ähnliche Weisen entstehen Orte, von denen Ausgeschlossene zu sprechen und zu handeln beginnen. Dabei geht es um Formen kollektiven Handelns, die sich konkret in den Lebenslagen der Betroffenen verorten, in spezifischen Kulturen und Lebensstilen. Wohnungslose Frauen und Männer und deren FreundInnen sammeln sich um eine Straßenzeitung, an der sie mitarbeiten und die sie verkaufen, Migrantinnen organisieren Ausbildungsprogramme für ArbeitsmarktrainerInnen, arbeitslose Jugendliche stellen sich im Videofilm dar, Alleinerzieherinnen machen eine eigene Zeitung. Es ist eine „Inventur der verborgenen Talente“ wie eine Initiative im Wiener Augarten die Aktivitäten nannte, all die ökonomisch entwerteten Fähigkeiten und Kenntnisse von Menschen zu heben. Da geht es um handwerkliche, soziale und künstlerische Ressourcen. Da werden Orte erobert und interpretiert. Öffentliche Räume werden als Bühnen beleuchtet und gemeinsam „bespielt“. Um das Definitionsmonopol der Mächtigen zu brechen, werden Begriffe des Gegenübers neu besetzt und für die eigene Gruppe übernommen. Ausländische Musiker treten als „Tschuschenkapelle“ auf, obdachlose Alkoholiker nennen ihr Wohnhaus „Tschecherantenheim“, Arbeitslose gründen eine „Absageagentur“ für Arbeitgeber.

36.3. Von der Schwierigkeit sich zu organisieren

So spannend, wichtig und begrüßenswert all die genannten Initiativen auch sind, wirklichen Einfluss erlangen sie nur in Mäuseschritten. Dazu kommt, dass es bislang nur eine Minderheit von Menschen mit Armutserfahrungen ist, die Möglichkeiten findet, sich zu organisieren. Und dass es schwer ist, im alltäglichen Überlebenskampf die Kraft für zusätzliches Engagement aufzubringen. „Armut bedeutet, deine Würde zu verlieren. Armut, das heißt, dass alle, deine Familie und die Gesellschaft, sich von dir abwenden.“ So einige TeilnehmerInnen des 3. Europäischen Treffens von Menschen mit Armutserfahrungen in einem Video, das während des Treffens gedreht wurde.

Scham ist die große Begleiterin von Armut. Psychologisch liegt Scham vor, wenn das eigene Ansehen bedroht ist. Wenn wir Angst haben, unser Gesicht zu verlieren.

Adam Smith hat das bereits 1776 in seinem Klassiker „Der Reichtum der Nationen“ festgehalten: Arm ist, „being unable to appear in public without shame“ (*Smith* 2004). Beschämung hält Menschen klein und rechtfertigt die Bloßstellung und Demütigung als von den Beschämten selbst verschuldet. Das ist das Tückische daran. „Soziale Scham fordert zu ihrer eigenen Moralisierung auf“, so Soziologe *Sighard Neckel* (2008). „Um eine Erklärung für den Sinn der Verletzung zu ergründen, die man zuvor erfahren hat.“ Damit der Akt der Beschämung seinen Zweck erreicht, muss für den beschämenden Mangel die Verantwortlichkeit auf die beschämte Person selbst übertragen werden. Beschämung beruht ja auch darauf, den anderen zum Objekt der eigenen Freiheit zu machen, der damit im gleichen Maße Freiheit und Autonomie verliert.

Beschämung ist entsolidarisierend und spaltet die Betroffenen. Sie wendet den Kampf gegen die Armut zu einem Kampf gegen die Armen. Sie steht wirksamen Zusammenschlüssen entgegen. Sie ist eine gerissene Form Armutsbetroffene „wehrlos“ zu halten, ihnen Rechte vorzuenthalten. „Beschämung ist eine soziale Waffe. Die Beschämung ist die subtilste Form, sich ihrer zu bemächtigen, weil die Kriterien der eigenen Selbstachtung dann von Dritten verfügbar gemacht worden sind“ (*Neckel* 2008).

Die Ökonominnen *Karla Hoff* und *Priyanka Pandey* (2004) veröffentlichten im Auftrag der Weltbank die Ergebnisse eines ungewöhnlichen Feldversuches. Sie legten Kindern, die sowohl aus einer höheren wie aus einer niederen indischen Kaste kamen, Aufgaben vor. In einem ersten Durchgang schnitten die Kinder aus den niederen Kasten leicht besser ab als die aus den höheren. Niemand wusste, wer welcher Kaste angehört. Dann wiederholte man das Experiment. Zuerst mussten sich die Kinder mit Namen, Dorf und Kastenzugehörigkeit vorstellen, dann durften sie die Aufgaben lösen. Das Ergebnis: Die Leistungen der Kinder aus den unteren Kasten waren deutlich schlechter. Gleiches aus den USA bei Sprachtests und bei Vergleichen von unterschiedlichen sozialen Statusgruppen in Europa. Wenn man eine Gruppe verletzlich macht hinsichtlich negativer Vorurteile, die im gesellschaftlichen Kontext vorherrschen, dann bleibt das nicht ohne Wirkung. Wer damit rechnet, als unterlegen zu gelten, bringt schlechtere Leistungen. „Stereotype threat“ wird dieser Effekt genannt, Bedrohung durch Beschämung. Umgedreht heißt das, dass die besten Lernvoraussetzungen in einem anerkennenden Umfeld zu

finden sind, dort wo wir an unseren Erfolg glauben dürfen. Statusangst und die Folgen negativer Bewertung sind Lern- und Leistungshemmer (Bachinger/Schenk 2012).

Eine zentrale Kategorie ist in diesem Zusammenhang der Begriff der „Unterschicht“. Er hat in den letzten Jahren wieder an Aktualität gewonnen. Zum einen ist das gut, weil es klarstellt, dass es ein Oben und Unten gibt, Macht und Ohnmacht, ein Mehr und Weniger. In den 1980er und 1990er Jahren wollten uns ja viele glauben machen, dass es nur mehr Lebensstile gibt und sich alle bloß dadurch unterscheiden, ob sie Volksmusik oder Underground hören, Lodenmantel oder Jackett tragen, Schweinsbraten oder Bio essen. Empirisch hat das nie gestimmt, wenn wir die Arbeiten der *OECD* (2011) studieren, waren sozialer Status, Einkommen, Bildung oder berufliche Position stets entscheidend für Chancen und Möglichkeiten in der Gesellschaft. Somit stellt die Feststellung einer „Unterschicht“ gesellschaftliche Realitäten richtig. Andererseits aber ist das kein unschuldiger Begriff, im Gegenteil, er hat eine lange Geschichte. *Gunnar Myrdal* sprach 1962 zum ersten Mal von einer „underclass“. Er sah die gekündigten Arbeiter aussterbender Industrien in den USA mit sinkendem Lebensstandard an den sozialen Rand gedrängt. „Underclass“ war bei *Myrdal* eine soziologische Kategorie – ohne moralisierende Beiklänge, ohne abwertende Untertöne und kulturelle Zuschreibungen. In den späten 1960er Jahren erfuhr der Begriff eine stigmatisierende Umdeutung. Er wurde zum einen von politischen und ökonomischen Eliten moralisch aufgeladen, um soziale Unterstützung für die untersten Einkommensschichten zu denunzieren und zu kürzen. Zum anderen griffen ihn Interessengruppen auf, um die Bürgerrechtsbewegung Martin Luther Kings, die immer stärker auch soziale Rechte einforderte, zu delegitimieren. Am Schluss blieb vom soziologischen Begriff der „underclass“ die Karikatur des „faulen Negers“ über. Sozialwissenschaftler wie *William Julius Wilson* (1987) versuchten eine empirische und realistische Beschreibung von „underclass“ zu retten und sprachen von „ghetto poor“ oder „new urban poor“, aber die Sache war längst gelaufen. Die Geschichte der Armutsdiskurse besteht seit hunderten Jahren in einem sich stets wiederholenden Prozess, bei dem die jeweilige Verlierergruppe eines grundlegenden sozialen Wandels für ihre verschlechterte ökonomische Lage selbst verantwortlich gemacht, beschimpft und herabgewürdigt wird. In Deutschland tauchte die „Unterschicht“, nicht zufällig, in Vorbereitung der Hartz-Reformen wieder auf.

Ähnlich dem „faulen Neger“ in den USA betritt die Unterschicht mit dem „nutzlosen Türken“ *Thilo Sarrazins* (2010) die diskursive Bühne. Die Thesen *Sarrazins* fallen historisch aber nicht einfach vom Himmel. Gerade die genetische und bevölkerungspolitische Argumentation hat Traditionslinien. In den 1920er Jahren stellte der Wiener Stadtrat Julius Tandler die Forderung nach einer „Aufzuchtsoptimierung“ angesichts so vieler „Untüchtiger“ und „Minusvarianten“ auf (*Zeitschrift für Kinderschutz und Jugendfürsorge* 1920). Und der schwedische Reichstagsabgeordnete *Alfred Petren* beklagte die „unablässig steigenden Ausgaben für Defekte, Abnorme, asoziale Menschen verschiedener Art in allen Kulturländern“. Die Vertreter dieser Strömungen waren alles andere als Nazis, aber völkische Demographen mit berechnender ökonomistischer Nützlichkeitslogik. Die *Sarrazin*-Thesen haben dieselbe ideologische Grundierung, wenn auch sprachlich und theoretisch modernisiert.

An die Programme der Menschengzucht schmiegen sich die Ideen des Sozialdarwinismus an. In Fauna und Flora herrscht ein permanenter „Kampf ums Dasein“, in dem sich nur die Lebentüchtigsten durchsetzen können. Diese Thesen Darwins werden nun im Sozialdarwinismus gesellschaftstheoretisch angepasst. Auch die menschliche Gesellschaft sei eine Arena, in der dieser Kampf ums Dasein stattfindet, auch hier gewinnen nur die Tüchtigsten, welche die gesellschaftliche Entwicklung vorantreiben. Soziale Ungleichheit, so die Botschaft des Sozialdarwinismus, hat nichts mit entstandenen Machtverhältnissen zu tun, sie darf auch nicht als Problem begriffen werden, sondern sie ist etwas ganz Natürliches. Arm und Reich sind dann nämlich nichts anderes als die gesellschaftliche Widerspiegelung der biologischen Ungleichheit von Menschen. Eine praktische Ideologie für die, die wollen, dass alle Ungerechtigkeiten so bleiben, wie sie sind. Argumentiert wird dann mit schlechtem Charakter, kulturellem Verfall und Faulheit – natürlich der anderen. Diese Debatte ist kulturversessen und verhältnisvergessen. Für Großbritannien beschreibt der Historiker und Journalist *Owen Jones* (2012) in seinem Buch „Prolls“ diese Geschichte der Verachtung von Einkommensarmen. In Österreich ist die Debatte lang noch nicht so vergiftet, aber auch hierzulande zeigen sich Symptome wie die alte Idee aus dem Klassenfeudalismus, „Proleten“ das Wahlrecht zu entziehen, gefunden in „Prolokratie“ von Christian Ortner (2012).

All das macht es für Menschen mit Armutserfahrungen schwierig aufzutreten. Wer überproportional viel Einsamkeit, Ohnmacht und Beschämung erlebt, der oder dem schwinden die Kräfte. Darüber hinaus stehen bewährte Methoden der Identitätspolitik, wie sie von anderen diskriminierten Gruppen mit Erfolg angewandt wurden und werden, Menschen mit Armutserfahrungen nicht auf gleiche Weise zur Verfügung. Wenn Armutsbetroffene sichtbar werden, geht es nicht nur um die Rückeroberung und positive Transformation einer abgewerteten Identität, sondern immer auch um die Überwindung jenes Zustands, der für dieselbe Identitätsbeschreibung ausschlaggebend ist. Das sichtbar und spürbar machen der eigenen Identität ist deshalb schwierig, macht es doch wenig Sinn bzw. ist schwer vorstellbar, dass Armutsbetroffene mit „proud to be poor“-Schildern auf die Straße gehen. (*Lister 2004*, 152). Niemand definiert sich auf Dauer gerne als „arm“ oder als „VerliererIn“.

Arm sein ist nach *Lister* weniger als Identitätszuschreibung, sondern vielmehr als Verhältniswort zu sehen, das die Beziehung, zwischen „Armen“ und „Nicht-Armen“ beschreibt (*Lister 2004*, 100). Dementsprechend werden Menschen mit Armutserfahrungen von jenen, die nicht in Armut leben zu „Anderen“ gemacht. „Othering“ nennt *Lister* diesen Prozess, der Armutsbetroffenen das Recht sich selbst zu definieren, verweigert bzw. abspricht (*Lister 2004*, 101).

Eine weitere Schwierigkeit sich zu organisieren, besteht in der großen Vielfalt und den damit einhergehenden Unterschieden jener, die unter die Definition „Armutsbetroffene“ fallen. PensionistInnen, AlleinerzieherInnen, MigrantInnen, Erwerbslose, Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen haben zwar alle statistisch wenig Geld, ihr Lebensalltag, ihre Lebensfelder und ihre Alltagskultur sind aber äußerst verschieden. Das Attribut „Armut“ wird ihnen zunächst rein statistisch zugewiesen; dass sie mehr verbindet, sie so etwas wie ein Klassenbewusstsein oder Solidarität aufgrund der ähnlichen sozio-ökonomischen Lagen entwickeln, ist nicht selbstverständlich.

Für bereits organisierte Gruppen wiederum erweist sich die kontinuierliche Arbeit oft als schwierig. Fluktuation und Spannungspotential sind hoch, wenn beispielsweise VertreterInnen der Arbeitsloseninitiative einen Arbeitsplatz gefunden haben oder sich „Gruppenkaiser“ bilden, die auf Ablehnung stoßen, die Selbstbeschreibung der Gruppe für ihre Mitglieder nicht mehr passt oder ganz einfach, weil keine Zeit bleibt

für öffentliches Engagement neben dem stressenden prekären Alltag. Kinder müssen versorgt, Miete gezahlt, Geld aufgestellt und der Haushalt organisiert werden.

Die Vorstellungen von einem „Aufstand der Armen“ bezeichnet *Klaus Bremen* deswegen auch als „Mythos“. Selbstorganisation mündet nicht in der politischen Aktion, sondern in Zusammenschlüssen Armutsbetroffener zur gegenseitigen Unterstützung und Stärkung. Er plädiert „als realistischen Ansatz“ für ein „Netz gegenseitiger Unterstützung und Hilfe“ (*Bremen 1995, 235*), um der Individualisierung und Beschämung von Armut entgegenzuwirken.

Besondere Herausforderungen ergeben sich hier auch in der Zusammenarbeit mit Verbündeten, also mit Menschen, die – wie die AutorInnen dieses Beitrags – selbst nicht direkt von Armut betroffen sind, die Anliegen von Menschen mit Armutserfahrungen jedoch teilen und unterstützen wollen. Wie Kollaboration hier auf Augenhöhe, jedoch auch ohne Verschleierung bestehender Machtverhältnisse gut etabliert und immer wieder neu verhandelt werden kann, bleibt – wie sich im „Sichtbar-werden-Projekt“ der *Armutskonferenz* und in den Bemühungen, eine selbstverwaltete Plattform von Selbstorganisationen aufzubauen, zeigt – ein kontinuierlicher Lernprozess für alle Beteiligten.

36.4. Anerkennung, Umverteilung, Selbstvertretung

Wirksame Armutsbekämpfung und die für die Entwicklung effektiver Strategien und Maßnahmen unverzichtbare Förderung der Partizipation und Selbstorganisation Betroffener braucht eine Dreifachstrategie von Umverteilung, Anerkennung und Repräsentation (*Fraser/Naples, 2004*).

Der nicht selten von „nicht-betroffenen“ ArmutsexpertInnen und NGO-MitarbeiterInnen vorgebrachte Wunsch bzw. Appell nach stärkerer Mobilisierung der Betroffenen selbst, muss mit der Einsicht einhergehen, dass es dafür neben dem notwendigen sozialen, ökonomischen und kulturellen Kapital (*Bourdieu 1992*) auch die Entwicklung und Beteiligung an Repräsentationsformen braucht. Benennungs- und Repräsentationsmacht muss folglich als weitere „ungleichheitsbedeutsame Ressource“ (*Barlösius 2005, 182*) benannt und neu verteilt werden.

Dies hat Folgen, auch und nicht zuletzt für die im sozialen Feld tätigen „nicht-betroffenen“ ExpertInnen und AktivistInnen und deren Ressourcen. Sie sind

gefordert, Infrastruktur, Mittel, Status ... abzugeben, das eigene Handeln und die aktive Beteiligung an Stigmatisierungsprozessen kritisch zu hinterfragen und zu ändern.

Zugleich gilt es die verwendeten Kategorisierungen der „Betroffenheit“ kritisch zu hinterfragen. Wer ist von wem gemeint, wer definiert nach welchen Kriterien, wenn – wie hier – von „Betroffenen“ und „Nicht-Betroffenen“ die Rede ist oder im Zuge eines Projekts (un)zufrieden festgestellt wird, dass doch „erstaunlich viele“ oder „zu wenig Armutsbetroffene“ beteiligt seien. Wer glaubt – aufgrund welcher Deutungsmacht – zu wissen und zählen zu können, wer „armutsbetroffen“ ist? Was bedeuten die vielfältigen Verflochtenheiten und Betroffenheiten unterschiedlicher Akteure? An Armutsverhältnissen und Ungleichheiten leiden und folglich davon „betroffen“ sein, mag auch die NGO-Mitarbeiterin und der AMS-Berater, die oder der wider besseres Wissen und guter Intentionen letztendlich nur mehr Quoten zu erfüllen hat und sich durch ihre bzw. seine Unterstützungsarbeiten zum Erfüllungsgehilfen eines an sich abgelehnten Systems macht. Die Einkommenssituation von Studierenden mag deren monetäre Situation zuweilen prekärer machen als die mancher Langzeitarbeitsloser. Machen vorhandene Bildungs- und Ausdrucksmöglichkeiten, und das damit verbundene soziale und symbolische Kapital, sie trotzdem zu „Nicht-Betroffenen“?

Wie kann es gelingen, die mehr oder weniger „feinen Unterschiede“ (*Bourdieu*) wahr- und damit verbundene konkrete Armutserfahrungen ernst zu nehmen, ohne in Essentialismen zu verfallen und (sich als) „Betroffene“ auf diese Erfahrungen zu reduzieren? Wie können Kategorisierung und die damit verbundenen Stigmatisierungen und Spaltungen überwunden werden, ohne Machtverhältnisse aus dem Blick zu verlieren. Unterscheidet sich doch die „Betroffenheit“ derer, die über den Weiterbezug einer Sozialleistung entscheiden – oder trotz anderer eigener Einkünfte für deren Nicht-Abschaffung lobbyieren – wesentlich von der „Betroffenheit“ jener, deren Bezug gesperrt oder abgeschafft wird.

Wenn Armut, wie *Ruth Lister* dies vorschlägt, nicht als Identitätsbezeichnung sondern vielmehr als „Verhältnisbeschreibung“ verstanden wird, welche die – strukturellen – Beziehungen zwischen denen, die mehr und jenen, die weniger über materielle, soziale, symbolische Ressourcen verfügen, zum Ausdruck bringt, kann Armut nur durch die umfassende Veränderung dieser Verhältnisse geändert werden.

Gerade Partizipations- und Selbstorganisationsprojekte, die sich der Arbeit an diesen Veränderungsprozessen auf spezifische Weise verschrieben haben, dürfen deshalb nicht aufhören, die von ihnen verwendeten Kategorisierungen und Terminologien, praktizierte Ortszuteilungen und Ressourcenverteilungen und die eigene Mitarbeit an der Reproduktion jenes „Othering“, das sie an anderen kritisieren, als zentrale Herausforderung auch auf die eigene Agenda zu setzen.

36.5. Die Stärke der Schwachen

„Eine arme Frau will ich ganz sicher nicht genannt werden“, meint Marianne. „Arm sein, das klingt, als hätte ich nichts anderes zu bieten als die Tatsache, dass ich mit wenig Geld auskommen muss.“ Vor einigen Jahren hat Marianne eine AlleinerzieherInnengruppe gegründet, die Frauen treffen sich regelmäßig, unterstützen sich bei kleinen und größeren Problemen, diskutieren über Bücher, die sie gerade lesen, und die politischen Verhältnisse, die sie frustrieren. „Viele von uns haben studiert, eine gute Ausbildung, es ist nicht unsere Schuld, dass es an Arbeits- und an Kinderkrippenplätzen mangelt und die Politik noch immer nicht kapiert hat, dass Arbeiten und Einkommen ganz anders verteilt werden müssten, damit es für alle reicht.“

Gegen die Scham- und Schuldgefühle, die bei Frauen, die in Armut leben, oft einen völligen Rückzug bewirken, wollte auch Monika Heuss etwas tun. Die Wienerin gründete deshalb einen „Survivalclub für Frauen“, der sich explizit nicht nur an Frauen wendet, die persönlich in irgendeiner Form von Armut betroffen sind, „sondern an alle Frauen, die sich mit Frauen in Armut identifizieren beziehungsweise sich solidarisch fühlen können“ (Moser/Schenk 2010).

Solidarität wurde ursprünglich ja als direkte Alternative zur Wohltätigkeit entwickelt und von „den Schwachen“ untereinander gegen „die Starken“ praktiziert. Solidarität bedeutet immer auch Misstrauen gegenüber Wohltätern von oben und außen. „Die Schwachen“ brachen aus ihrer Situation der Angewiesenheit aus und verweigerten sich der Anerkennung durch „die Starken“. Im Jammertal unverbindlicher Appell-Moral jedoch bleiben „die Schwachen“ schwach und dem Vergleich mit den Gewinnern weiterhin ausgesetzt.

Trotz der genannten Schwierigkeiten haben sich von Armut Betroffene in allen Teilen der Welt und seit jeher gut funktionierende Praktiken des Widerstands angeeignet, Diskurse der Unzufriedenheit entwickelt und eigene, unabhängige soziale Netze gebildet. Diese liegen oft quer, sind oft informell und zuweilen nach herrschendem Rechtsverständnis auch illegal und reichen von der Nichteinhaltung von Vereinbarungen über die Verlangsamung von Arbeitsgängen oder der Lieferung von minderwertiger Arbeit bis hin zu Sabotageakten, Verleumdungen und Diebstahl (Bauer 1998; Scott 1990). Übersehen wird in der Diskussion über Protestformen meist die „Frage nach dem Eigensinn und der sozialen Phantasie innerhalb der urbanen sozialen Proteste“ (Birke 2011). Es gibt so etwas wie „non-movements“ (Bayat 2012), die Bewegung bringen. Bayat beschreibt sie durch „Praktiken, die von einer größeren Zahl ganz normaler Menschen ausgeübt werden. Sie sind zwar nicht miteinander verbunden, ähneln sich aber und tragen in erheblichem Maße zu einem gesellschaftlichen Wandel bei“ (Bayat 2012, 31). Ihre wichtigste Ressource ist die Drohung, Kooperation zu verweigern und gegen die Regeln derer zu verstoßen, die auf ihre Kooperation angewiesen sind (Hein 2013). So entsteht aus der Unruhe Einzelner, der Verweigerung Einzelner und tausender Handlungen von Einzelnen ein kollektiver Effekt. Auf diese Weise konnten am Beispiel der Erwerbslosenbewegung – ohne große gemeinsame Organisation – Erfolge erzielt werden. Besonders auf dem Feld der juristischen Gegenwehr waren Betroffene mit rechtlichen Einsprüchen erfolgreich.

Zweifellos ist es schwierig für marginalisierte Gruppen, sich zu solidarisieren. Aber es gelingt immer wieder. In Frankreich und Deutschland haben sich Ende der 1990er Jahre Erwerbslose organisiert, öffentliche Aktionen geplant und z.B. als „glückliche Arbeitslose“ herrschende Diskurse auf den Kopf gestellt. Besonders in Frankreich war ein interessanter Schulterschluss zwischen sozial marginalisierten „Einheimischen“ und „papierlosen“ MigrantInnen zu beobachten, was Bourdieu als „soziologisches Wunder“ bezeichnete. Schon 1830 waren es in Paris Arbeitslose gewesen, zum großen Teil solche, die aus den Druckereien liberaler Zeitungen entlassen worden waren, die den Protest begannen. Der Pariser Juniaufstand war ausschließlich eine Rebellion der Arbeitslosen.

Auch im zwanzigsten. Jahrhundert gab es relevante „Armenbewegungen“, etwa die Selbsthilfebewegungen in den USA während der Weltwirtschaftskrise. In Chicago

bauten sich „Bürger-Organisationen“ auf. „Eine Bürgerorganisation ist eine Konfliktpartei“, grenzte *Soul Alinsky* (1984, 128) das „Community Organizing“ sowohl von der Gemeinwesenarbeit als auch von der Wohlfahrt ab. Die Stadtteilarbeit sehe zu wenig das Ganze der sozialen Misere und wickle die zusammenhängenden Probleme des Lebens „einzeln in Zellophan ein“ (*Alinsky* 1984, 72). Jugendprobleme, Kriminalität, Mieterfragen oder Krankheiten können nicht als isolierte Phänomene betrachtet werden. Statt Arbeitsplätze, gerechten Lohn, Abbau von Diskriminierungen gibt es dann „beaufsichtigte Freizeitbeschäftigung, Bastelkurse und Persönlichkeitsbildung“ (*Alinsky* 1984, 70). Und die Wohlfahrt begegne „den Menschen im Slum wohlwollend und gütig, nicht um ihnen zu helfen, zu rebellieren und ihren Weg aus dem Dreck freizukämpfen, nein! Sie kommen, um diese Leute „anzupassen“, anzupassen, damit sie in der Hölle leben werden und es noch gut finden“ (*Alinsky* 1984, 71). Bürger-Organisationen hingegen bedeuten „Einmischung [...] in bestehende Machtverhältnisse“ (*Alinsky* 1984, 128). Die von *Alinsky* entwickelten Taktiken und Strategien – vom Klostreich bis zu Boykottaktionen – erwiesen sich als höchst effektiv. Die Aktionen waren zeitlich begrenzt, zielgerichtet, mobilisierend, lustvoll für die Aktivisten, verstörend für den Gegner. Taktik sei „das zu tun, was man kann, mit dem, was man hat; die Mittel der Habenichtse sind erstens kein Geld und zweitens jede Menge Menschen. Sie besitzen ihren Körper. Nutzt die Macht des Gesetzes, um das Establishment zur Einhaltung seiner eigenen Regeln zu zwingen. Verlasse den Erfahrungsbereich des Gegners; bleibe immer im Erfahrungsbereich deiner Leute. Lege Wert auf Taktiken, die deinen Leuten Spaß bringen“ (*Alinsky* 1984, 147).

Die Bürgerrechtsbewegung Martin Luther Kings schöpfte aus diesen Erfahrungen in ähnlicher Form wie aus den Aktionen Gandhis in Indien. Sie verweigerte den Gesetzen der „white winners“ die Gefolgschaft und inszenierte diesen Bruch als Akt des Widerstands. So können sich Ohnmächtige in eine, wenn auch oft symbolische, Position der Stärke bringen. Es gelang, große Teile der weißen Mittelschichten des Nordens für die Beseitigung diskriminierender Gesetze zu gewinnen.

Die Jugendrevolten in den Vororten von Paris im Jahr 2006 und die 2011 in London ausgebrochenen Riots hingegen waren kein bürgerrechtlich inspirierter Protest. Es waren Gewaltakte, die in Paris in erster Linie Autos, Telefonzellen, Geschäfte und Schulen in Brand setzten oder zerstörten, in London Geschäfte mit Markenkleidung

und Elektrogeräten plünderten. Gemeinsam ist diesen Aufständen, dass das Ziel der Gewalt öffentliche Einrichtungen und sichtbare Insignien der Konsum- und Alltagskultur darstellen. Überall wo derartige Jugendrevolten auftreten, fehlen soziale Aufstiegschancen über Generationen. Überall gibt es eine starke sozialräumliche Segregation in bestimmten Vierteln und die Teilung in Peripherie und Zentrum. Gemeinsam ist das kollektive Erleben von Diskriminierung und Kränkung des Selbstwerts. Gemeinsam sind chronische Entmutigungserfahrungen. Sichtbar wird die mangelnde Repräsentation ganzer sozialer Gruppen in den öffentlichen, politischen und medialen Eliten.

Die Jugendunruhen in Paris waren kein Aufstand aus religiösen Gründen; eher eine „No Future“-Rebellion jugendlicher Outlaws, die nichts mehr zu verlieren haben, Gewalt kombiniert aus machistischen Ehrencodes und sozialer Misere. Der Islam dient als Identitätsmaske: Neunzig Prozent der Jugendlichen gehen nicht in die Moschee und praktizieren ihre Religion nicht im Alltag.

Die Jugendlichen sind Kinder von HilfsarbeiterInnen, Arbeitslosen und DienstbotInnen. Ihre absehbare Zukunftsperspektive ist ebenfalls die von HilfsarbeiterInnen, Arbeitslosen und DienstbotInnen. Ein Großteil ihrer Eltern kommt aus den ehemaligen französischen Kolonien Nordafrikas. Migrantenkinder, die keine sozialen Aufstiegschancen haben und mit beträchtlicher Ablehnung der Eingesessenen wie der Eliten kämpfen müssen. Das heimliche Motto ist ihnen allen: Es gibt nichts mehr zu verlieren. Es geht augenscheinlich um Selbstvergewisserung. Die Überflüssigen sagen: Wir existieren. Es gibt uns. Die Jugendlichen in den Straßen der Banlieues sprechen selbst von „Sga“. Das bedeutet auf Arabisch „Aufschrei“.

2011 brannte es in Londons Straßen. Auch das kam nicht aus dem Nichts. Die UNICEF misst mehrere unterschiedliche Aspekte des Wohlergehens von Kindern: Einkommenssituation, Gesundheitszustand, Bildung, Selbstbestimmung etc. Das Ergebnis: England weist hier ganz schlechte Werte auf. (*Wilkinson & Pickett* 2011) Je größer die Unterschiede zwischen arm und reich, desto schlechter die Lebensqualität von Kindern. Der Zusammenhang ist in jenem Land am stärksten, in dem die höchste Anzahl der Kinder vorliegt, die von weniger als der Hälfte des durchschnittlichen Einkommens im Land lebt. Nicht wie reich wir insgesamt sind, ist hier entscheidend, sondern wie stark die Unterschiede zwischen uns sind. Entscheidend ist die relative

Ungleichheit, es geht um relative Lebenslagen, um den Vergleich, um Ausschluss, um Kränkung. Armut im Reichtum, Diskriminierung in angeblicher Gleichheit, abhängige Herkunft bei versprochener Zukunft. „Premier Cameron bietet uns Grütze und sagt uns dann, sie schmeckt wie Kaviar“, schimpft Jugendarbeiter Sameer aus London. Jugendzentren werden geschlossen, die Unterstützung für günstige Wohnungen um sechzig Prozent gekürzt, Schulen verfallen, prekäre Jobs breiten sich aus. Es fehlt an Perspektiven und an Räumen, wo gemeinsame Aktivitäten und Projekte entwickelt, Respekt, Anerkennung und Zugehörigkeit erfahren werden können. Derweil werden die Gelder in den Finanzdistrikten der City of London verspekuliert oder in den Sicherheits- und Kontrollapparat verschoben. So viele Kameras auf öffentlichen Plätzen gibt es nirgendwo sonst in Europa, dem Gefängnis- und Sicherheitsbusiness geht es prächtig. Statt sich um die sozialen Probleme im Land zu kümmern, kündigte der britische Premierminister Cameron an, soziale Netzwerke wie Facebook und Twitter zu bekämpfen. Zumindest eines ist sicher: So werden die brennenden Probleme nicht kleiner.

Und so werden sich Unruhen stets auch gegen die Jugendlichen selbst richten. Ohne ein bürgerrechtliches Aufgreifen der zentralen Anliegen, ohne zivilgesellschaftliche Bewegung, die Forderungen stellt und sich öffentlich artikuliert, wird es keinen weiteren Druck für Verbesserungen geben. Die einen werden in den jugendlichen Randalierern die Jugendlichen sehen, die anderen die Randalierer. Der Rechtsstaat wird die Gefassten verurteilen, die Eliten werden zur Tagesordnung übergehen.

„Wir sind da“, sagen auch – allerdings mit anderen Mitteln – die Sans Papier in Frankreich, die Assembly of the Poor in Thailand, die zahlreichen Settlement-Gruppen in Nairobi und anderen afrikanischen Städten bis hin zu den Refugees, die im Zuge der europäischen Flüchtlingsproteste im Winter 2012/13 in Amsterdam, Berlin und Wien das Wort ergriffen. Armutsbetroffene und Marginalisierte, wie die ohne Papiere in Frankreich lebende Madjiguène Cissé, zeigen, „dass wir hier sind, dass wir uns nicht verstecken und einfach Menschen sind“ (*Notes from Nowhere* 2007, 40). Dass „wir zwar arm, aber nicht dumm sind“, wie es ein österreichischer Teilnehmer des europäischen Treffens von Menschen mit Armutserfahrungen 2007 in einem Brief an Sozialminister Buchinger deutlich unterstrichen hat. Und dass jene, die am Rand leben, einen spezifischen und „vollständigeren“ Blick auf die Realität haben. „Wir schauen von draußen hinein und von drinnen hinaus. Wir konzentrieren

unsere Aufmerksamkeit auf das Zentrum und auf den Rand. Wir verstehen beide.“
(Hooks 1984).

36.6. Freiheitsmaß

Im Engagement gegen Armut geht es in Anlehnung an *Leiprecht* (1997) um eine strukturell politische Ebene, um entsprechende Gesetzesänderungen und strukturelle Gleichstellung; um die Herstellung von Gegenöffentlichkeit, um einen Kampf der Bedeutungen, um öffentliche Kritik und politische Aktionen; um das Eingreifen in die Felder, in denen Bedeutungen gemacht werden: also in der Wissenschaft und den Medien. Es geht darum, von Ausgrenzung und Armut betroffene Gruppen in eine „Position der Stärke“ zu bringen und ein Eingreifen in allen Situationen des Alltags, in denen Menschen an den Rand gedrängt, beleidigt und diskriminiert werden. Nicht zuletzt geht es auch um eine kontinuierliche Selbstreflexion, bei der stets zu prüfen ist, ob sich aus dem eigenen Engagement nicht ein neuer Paternalismus entwickelt hat. Schließlich – und nicht zuletzt – geht es um die subjektbezogene Arbeit mit Einzelnen und Gruppen in Pädagogik und Weiterbildung und um die Unterstützung der Selbstorganisation Benachteiligter.

Die am meisten Ausgeschlossenen sind gleichzeitig die am stärksten Eingeschlossenen. Wer liegengelassen wird, wird nicht mehr losgelassen. Auf paradoxe Weise sind die am meisten Ausgegrenzten die am stärksten Eingegrenzten. „Statt als Ausgrenzung aus der Gesellschaft muss Exklusion als Ausgrenzung in der Gesellschaft verstanden werden. Erst dann werden die Ausgeschlossenen wieder in den Verhältnissen sichtbar, die sie ausschließen und mit denen sie sich auseinandersetzen. Die Ausgegrenzten sind Teil der Gesellschaft, auch wenn sie nicht an ihren Möglichkeiten teilhaben“ (*Kronauer* 2006, 44).

Dass Inklusion „gut“ und Exklusion „schlecht“ sei, ist so keine ausgemachte Sache. Besonders an den Nahtstellen Arbeitsmarkt und Sozialhilfe, Erwerbstätigkeit und „schwer Vermittelbare“ wird das Mischungsverhältnis zwischen staatlicher Hilfe und Zwangsmaßnahme brisant. Für die Betroffenen kann „Ausschluss“ hinsichtlich staatlicher Verhaltensregulierung positive Seiten gewinnen, und können bestimmte Formen der Inklusion als massiv freiheitsbegrenzend abgelehnt werden. Will man die Dynamik von Inklusions- und Exklusionsprozessen verstehen, muss man sich also

auf die Erforschung akteurseigener Potentiale konzentrieren. „Die Akteure aktivieren diese Potentiale, um an die Inklusions- und Exklusionsprozesse, die sie als ‚gut‘ erachten, Anschluss zu finden und um jenen Exklusions- und Inklusionsprozessen, die sie als ‚schlecht‘ ansehen, zu widerstehen.“ (Vobruba 2000, 117). Sie suchen nach den guten Diensten und den materiellen Mitteln, die ihnen „begrenzte Autonomiegewinne“ (Vobruba 2003) ermöglichen. Ob etwas gut oder schlecht, hilfreich oder nicht ist, beurteilen die Betroffenen danach, ob es ein „weniger abhängiges Leben“ (Steinert/Pilgram 2003) ermöglicht.

So geht es bei Maßnahmen gegen Armut und soziale Ausgrenzung um eine Sozialpolitik, die die Betroffenen nicht bevormundet, sondern ihre Freiheitsmöglichkeiten vergrößert. Wie eine Gesellschaft mit den „Ausgegrenzten“, den „Anderen“ umgeht, – seien es Arme, MigrantInnen, Langzeitarbeitslose ...–, ist so etwas wie ein Seismograph für ihren inneren Zustand, nicht zuletzt für ihre Neigung zu Autoritarismus und einer Politik des Sündenbocks. Darum geht es beim Engagement gegen Armut nicht bloß um sozialen Ausgleich, sondern gleichzeitig auch um das Maß an Freiheit im Land.

Literatur

ALINSKY (1984): Anleitung zum Mächtigen. Ausgewählte Schriften. Göttingen.

BACHINGER/SCHENK (2012): Die Integrationslücke. Antworten in einer hysterisch geführten Auseinandersetzung, Wien.

BAUER (1998): Die Schwächen der Starken die Stärken der Schwachen; in: SCHERER/SAHLER (Hg): Einstürzende Sozialstaaten, Wiesbaden, S. 59ff.

BARLÖSIUS (2005): Die Macht der Repräsentation. Common Sense über soziale Ungleichheiten, Wiesbaden.

BAYAT (2012): Leben als Politik, Berlin.

BIRKE (2011): Diese merkwürdige zerklüftete Landschaft: Anmerkungen zur „Stadt in der Revolte“; in: SOZIAL.GESCHICHTE ONLINE 6, S. 44 f.; URL: http://duepublico.uni-duisburg-essen.de/servlets/DerivateServlet/Derivate-29000/04_Birke_Stadt.pdf, dl. 15.5.2013.

BOURDIEU (1992): Die verborgenen Mechanismen der Macht, Schriften zu Politik und Kultur I, Hamburg.

BREMEN (1995): Von einigen Mythen über Organisationsprozesse von Arbeitslosen und SozialhilfeempfängerInnen; in: BARLÖSIUS et.al. (Hg): Ernährung und Armut. Gesundheitliche, soziale und kulturelle Folgen in der BRD, Berlin.

DIE ARMUTSKONFERENZ (2006/07): Sichtbar Werden. Mehr Respekt! Presstexte, Aktionsberichte; URL: <http://www.armutskonferenz.at>, dl. 15.5.2013.

FRASER/NAPLES (2004): To Interpret the world and to change it. An Interview with Nancy Fraser; in: SIGNS, Nr. 4, S. 1103ff.

HEIN (2013): 1982–2012. Dreißig Jahre Erwerbslosenprotest. Dokumentation, Analyse und Perspektive, Berlin.

HOFF/PANDEY (2004): Belief Systems and Durable Inequalities: An Experimental Investigation of Indian Caste, Policy Research Working Paper, World Bank, Washington

HOOKS (1984): Feminist Theory. From Margin to Centre, Boston.

INTERACT (2011): Kein Kies zum Kurven kratzen. Reloaded. Endbericht, Graz; URL: <http://www.interact-online.org>, dl. 15.5.2013.

INTERACT (2013): Stopp: Jetzt reden wir! Vorschläge, Anliegen und Forderungen aus der Sicht der Projektmitwirkenden und des Publikums, Graz; URL: <http://www.interact-online.org>, dl. 15.5.2013.

KRONAUER (2006): Drinnen und Draußen, Oben und Unten; in: DIE ARMUTSKONFERENZ (Hg): Mut zum Möglichen! Armut ist vermeidbar. Wie ökonomische Mythen wirken. Warum soziale Alternativen realisierbar sind, Publikation zur 6. Österreichischen Armutskonferenz, Wien, S. 41 ff.

LEIPRECHT (1997): Soziale Repräsentation, Diskurs, Ideologie, subjektiver Möglichkeitsraum; in: CLEVE et.al. (Hg): Wissenschaft – Macht – Politik. Münster, S. 70ff.

LISTER (2004): Poverty, Cambridge.

MOSER/SCHENK (2010): Es reicht! Für alle! Wege aus der Armut, Wien

MYRDAL (1962): Challenge to Affluence, London.

NECKEL (2008): Sozialer Status und Scham, Manuskript zur 7.Österreichischen Armutskonferenz, Wien.

NOTES FROM NOWHERE (2007): Wir sind überall. Weltweit. Unwiderstehlich. Antikapitalistisch, Hamburg.

OECD (2011): Divided we stand. Why Inequality Keeps Rising.Paris.

ORTNER (2012): Prolokratie. Demokratisch in die Pleite, Wien.

OWENS (2012): Prolls. Die Dämonisierung der Arbeiterklasse, London.

SARRAZIN (2010): Deutschland schafft sich ab. Wie wir unser Land aufs Spiel setzen, München.

SCOTT (1990): Domination and the Arts of Resistance: Hidden Transcripts, New Haven/London.

SMITH (2004): Reichtum der Nationen, Paderborn.

STEINERT/PILGRAM (2003): Welfare Policy from Below. Struggles against Social Exclusion in Europe. Towards a Dynamic Understanding of Participation, Ashgate.

VOBRUBA (2003): Freiheit: Autonomiegewinne der Leute im Wohlfahrtsstaat; in: LESSENICH (Hg): Wohlfahrtsstaatliche Grundbegriffe. Historische und aktuelle Diskurse, Frankfurt/NewYork.

VOBRUBA (2000): Alternativen zur Vollbeschäftigung, Frankfurt.

WILKINSON/PICKETT (2011). The Spirit Level. Why Equality is Better for Everyone, London.

WILSON (1987): The Truly Disadvantaged.Chicago.

WÜST (2011): Projekt Würde statt Stress (WÜST) – Solidarische Gesundheitsförderung durch kompetente Erwerbsarbeitslose; URL: http://www.alterskompetenzen.info/?gesundheitsprojekt_%22W%FCST%22, dl. 10.6.2013.

ZEITSCHRIFT FÜR KINDERSCHUTZ UND JUGENDFÜRSORGE (1920): Jahrgänge 1909–1928, sowie Jahrgang 1932 und 1934, ab 1923 unter dem Titel ZEITSCHRIFT FÜR KINDERSCHUTZ, FAMILIEN- UND BERUFSPFÜRSORGE, hier: Nr. 6, S.139.

¹ Die folgenden Beispiele werden hier aus der Perspektive Letzterer dargestellt. Konkret begleiten die beiden AutorInnen seit rund sieben Jahren im Rahmen ihres Engagements in der Armutskonferenz die Vernetzung von Selbstorganisationen von Menschen mit Armutserfahrungen.